

3. 2003: Der Irakkrieg und die Etablierung eines neuen politischen Systems

Im Jahr 2003 setzte im Irak eine politische und gesellschaftliche Neugestaltung ein. Die Debatte über die Ausgestaltung des neuen politischen Systems, das auf die Diktatur des Ba't-Regimes folgen sollte, dominierte die irakische Öffentlichkeit. Diese erste Phase endete Anfang 2006 – nicht etwa weil die Diskussion über das politische System abgeschlossen worden wäre, sondern weil sie in der irakischen Öffentlichkeit ab diesem Zeitpunkt durch die zunehmende innerirakische Gewalt in den Hintergrund gedrängt wurde.

Die Regierungsbildung stellte längst nicht die einzige Herausforderung nach 2003 dar. Bald nach dem offiziellen Ende des Krieges setzte im Irak die Gewalt durch ultraislamische Kampfbünde, gegen die amerikanische Präsenz gerichtete Aufständische und bewaffnete Einheiten politischer und religiöser Akteure und Gruppierungen ein. Den Beginn dieser Gewalt markierten die Sprengstoffanschläge auf das UNO-Hauptgebäude in Bagdad und auf die Imam-Ali-Moschee in Nadschaf im August 2003 durch die von Abū Muṣ'ab az-Zarqāwī angeführte Gruppe *at-tawḥīd wa al-ǧihād*. Weitere Anschläge folgten; als verheerend erwiesen sich die Selbstmordattentate gegen Parteibüros der beiden grossen kurdischen Parteien KDP und PUK, für die die Gruppe Ansār al-Islam verantwortlich gemacht wurde, sowie Angriffe auf schiitische 'Āšūrā'-Festlichkeiten in Bagdad und Kerbala mit über 140 Todesopfern.¹ Zu einer Eskalation der Gewalt kam es 2004 bei Kämpfen zwischen Aufständischen und Koalitionstruppen, die ab November 2004 in der Rückeroberung der Stadt Faludscha durch US-Truppen gipfelte.² Das Ende dieser ersten Phase nach 2003 bildet der Bombenanschlag auf die al-'Askarī-Moschee in Samarra am 22. Februar 2006. Die Zerstörung der Goldenen Moschee gilt als Zäsur, an dem die Gewalt von sunnitischen extremistischen Gruppierungen und bewaffneter schiitischer Formationen

1 Vgl. United States Institute of Peace: Iraq Timeline: Since the 2003 War, 2020–11-06T11:12:59-0500, <https://www.usip.org/iraq-timeline-2003-war#textonly>, Stand: 10.05.2022.

2 Vgl. Fürtig, Henner: Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis heute, München 2016, S. 206 – 207.

gegen religiöse Einrichtungen und die Zivilbevölkerung zu einem offenen Konflikt eskalierte.

Die Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit war ein bestimmendes Element der neuen politischen Ordnung. Sie blieb allerdings umstritten und wurde in der irakischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Zu den bestimmenden Akteuren der politischen Neugestaltung gehörten die aus dem Exil zurückkehrenden schiitischen Parteien, die im Folgenden am Beispiel der Da‘wa-Partei genauer betrachtet werden sollen. Doch nicht nur die konfessionelle Ordnung, sondern auch die innerkonfessionellen Strukturen von Schia und Sunna waren keineswegs stabil, sondern Gegenstand intensiver, teilweise gewaltsamer Aushandlungen. Diese Aushandlungen werden anhand von Ayatollah ‘Alī Ḥusaynī as-Sīstānī als Beispiel für die etablierte schiitische Geistlichkeit, Muqtadā aş-Şadr als Exponent einer politisierten schiitischen Gegenöffentlichkeit sowie der »Vereinigung muslimischer Gelehrter im Irak« (Association of Muslim Scholars in Iraq, AMSI) als neu entstehende sunnitische Organisationsform untersucht. Anhand dieser Beispiele soll die Aushandlung politischer, aber auch konfessioneller Strukturen untersucht werden, der konfessionelle Aspekt der innerirakischen Gewalt wird Gegenstand des darauffolgenden Kapitels sein.

3.1 Kontext: Die US-Verwaltung und das neue politische System

Den Ausgangspunkt der politischen Neugestaltung bildet der Sturz des Ba‘ṭ-Regimes 2003 durch eine US-amerikanisch geführte Militärkoalition. Die amerikanische Perspektive ist nicht Teil dieser Untersuchung, daher muss eine grobe Übersicht über die Eckpfeiler der amerikanischen Verwaltung des Iraks hier ausreichen. Am 20. März 2003 begann der Angriff einer internationalen Koalition³ unter US-amerikanischer Führung.⁴ Bereits am 9. April wurde die irakische Hauptstadt

-
- 3 Die sogenannte »Koalition der Willigen« umfasste zu Beginn laut US-amerikanischen Dokumenten 48 Staaten. Für eine Auflistung siehe The White House: Who are the current coalition members?, 2003, <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/infocus/iraq/news/20030327-10.html>, Stand: 25.05.2021. Da für die vorliegende Untersuchung Details zur internen Organisation dieser Koalition nicht relevant sind, wird der Einfachheit halber oft von »US-amerikanischen« Truppen die Rede sein, während in Wahrheit teilweise auch Truppen anderer in der Koalition vertretenen Staaten an den jeweiligen Ereignissen teilhatten.
- 4 Die Benennung für diesen Krieg variiert. In den irakischen Medien wird meist einfach von Invasion (*qazwa*) und Besatzung (*ihtilāl*) gesprochen. In westlichen Medien wird der Konflikt oft in eine Reihe mit früheren Kriegen gestellt und entweder als zweiter Irakkrieg oder dritter Golfkrieg bezeichnet (wobei der erste Golfkrieg den Iran-Irak-Krieg von 1980 – 1988, der zweite Golfkrieg oder erste Irakkrieg den amerikanischen Angriff 1991 bezeichnet). Ich halte diese Nummerierungen für wenig hilfreich. Die jeweiligen Voraussetzungen der verschiedenen Konflikte fallen zu unterschiedlich aus, um sie in einen direkten Zusammenhang zu

Bagdad erobert. Am 1. Mai erklärte der amerikanische Präsident George W. Bush mit seiner »Mission accomplished«-Rede auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln die grossen Kampfhandlungen im Irak für beendet.⁵ Auf den Krieg folgte die Besatzung, die im Dezember 2011 offiziell endete.⁶ Der Angriffskrieg war völkerrechtlich nicht legitimiert und rief breite internationale Kritik hervor.

Nach 2003 sollte für den Irak eine neue Ära eingeleitet werden – so zumindest lautete der amerikanische Anspruch, der schon bald nach dem Sturz des alten Regimes auf eine neue Legitimation für den eigenen Angriff angewiesen war. Die ursprünglich als Kriegsgrund genannten Massenvernichtungswaffen im Besitz des Regimes von Saddam Hussein hatten sich als unauffindbar erweisen. Erst nachdem sich dieser Misserfolg abgezeichnet hatte, gewann die Demokratisierung des Iraks als Legitimation für die Invasion an Bedeutung.⁷

Der Irak sollte eine Demokratie werden – über diesen Punkt war man sich in der amerikanischen Verwaltung einig. Unklar war aber, was in der Praxis genau unter diesem Konzept zu verstehen sei und wie dieses Ziel erreicht werden sollte.⁸ Insbesondere stellte sich die Frage, in welcher Form und innerhalb welcher Frist die Macht an eine neue irakische Regierung übergeben werden sollte. Die Coalition Provisional Authority (CPA), der die Verwaltung im Irak nach dem amerikanischen Einmarsch oblag, lavierte länger zwischen der Möglichkeit, eine langfristige Besatzung einzurichten (analog der Situation in Deutschland oder Japan nach dem Zweiten Weltkrieg), und der möglichst raschen Machtübergabe. Militärischer Widerstand verschiedener irakischer Gruppierungen, Druck von Seiten irakischer Verbündeter, das Fehlen der als Kriegsgrund vorgeschobenen

stellen oder als Ausdruck einer übergeordneten Entwicklung zu erfassen. Ich verwende als Bezeichnung für den Krieg von 2003 der Einfachheit halber schlicht »Irakkrieg«.

- 5 Die Rede hat angesichts der anhaltenden Gewalt im Irak eine Kontroverse ausgelöst. Der Text findet sich unter CBS News: Text of Bush Speech. President Declares End To Major Combat In Iraq, 2003, <https://web.archive.org/web/20060525022143/http://www.cbsnews.com/stories/2003/05/01/iraq/main551946.shtml>, Stand: 25.05.2021.
- 6 Die amerikanische Truppenstärke wurde im Kampf gegen den IS erneut erhöht; verschiedene irakische Akteure bezeichneten die amerikanische Truppen-Präsenz als durchgehende Besatzung.
- 7 Die politisch motivierte Interpretation von geheimdienstlichen Informationen durch die Regierung von US-Präsident George W. Bush wurde breit diskutiert und war Gegenstand verschiedener Untersuchungen innerhalb der US-amerikanischen Verwaltung. Die politisch motivierte (Fehl-)Deutung der Informationen zu Massenvernichtungswaffen belegte die Untersuchung des *Intelligence Committee* des Senats vom 8. Mai 2008, vgl. Select Committee on Intelligence, United States Senate: Report on whether Public Statements regarding Iraq by U.S. Government Officials were Substantiated by Intelligence Information. together with additional and minority views, 110 – 345, Washington, D.C. 05.06.2008.
- 8 Vgl. Dobbins, James: Occupying Iraq. A history of the Coalition Provisional Authority, Santa Monica, CA 2009 (RAND Corporation monograph series), S. 31.

Massenvernichtungswaffen oder der Verbindungen des gestürzten Regimes terroristischen Gruppierungen – all diese Punkte erhöhten den Druck auf die CPA zu einer raschen Machtübergabe.⁹ Schliesslich ernannte die CPA einen provisorischen irakischen Regierungsrat (*Iraqi Governing Council*, IGC), welcher seine Arbeit im Juli 2003 aufnahm.¹⁰ Ein bedeutender Teil der Sitze in diesem Rat wurde dabei von ehemaligen Exil-Politikern besetzt. Bei seiner Zusammensetzung wurde ein Quotensystem verwendet, welches unter anderem die konfessionelle Zugehörigkeit und den Bevölkerungsanteil der jeweiligen konfessionellen Gruppe berücksichtigte – ein Novum in der irakischen Geschichte, das unter der Bezeichnung »konfessionalistische Quoten« (*muḥāṣaṣa fā'iyya*) in den irakischen Sprachgebrauch eingehen sollte.¹¹ Die Struktur des IGC trug aus Sicht irakischer Akteure wie auch der Forschungsliteratur dazu bei, die Spannungen zwischen den Konfessionen deutlich zu verschärfen.¹²

Die Gestaltung des politischen Übergangsprozesses wird in der Forschung überwiegend negativ bewertet. Die Gründe für das Scheitern beim Etablieren eines stabilen und breit abgestützten politischen Systems sieht Toby Dodge in der US-amerikanischen Herangehensweise an diesen Krieg: »The main reasons for this failure are ideological. They involve the Bush administration's approach to international relations and to the domestic politics and sociology of Iraq.«¹³ Neben dem amerikanischen Unilateralismus auf internationaler Ebene und einer neoliberalen Orientierung an einer minimalistischen Vision von Staatsstrukturen (anstelle eines umfassenden Planes für einen Wederaufbau nach dem Krieg) habe sich bereits 2005 abgezeichnet, dass insbesondere die Orientierung an konfessioneller und ethnischer Zugehörigkeit zur Strukturierung der Übergangsregierung künftig negative Auswirkungen haben dürfte:

»The final and most destructive discursive mistake made by US administrators once on the ground in Baghdad was the primordialisation of Iraqi society. Influenced by the former opposition parties, principally the Iraqi National Congress,

⁹ Vgl. ebd., S. 265 – 275.

¹⁰ Vgl. Fürtig: Geschichte des Irak, 2016, S. 206.

¹¹ Der in der Einleitung zitierte al-Bašir bezeichnet den Begriff *muḥāṣaṣa* als unübersetzbare, womit er nicht ganz unrecht hat (vgl. al-Bašir: Muhasasa, Albasheer Show English 2019). *Muḥāṣaṣa* bezeichnet kein klar definiertes System, konkrete Quoten sind nirgends definiert. In der irakischen Verfassung wird mehrmals darauf verwiesen, dass alle Bevölkerungsgruppen in den staatlichen Organen vertreten sein sollten. Wie diese Vertretung organisiert sein soll, ist nicht festgelegt. *Muḥāṣaṣa* bezeichnet somit eine nicht formalisierte Praxis der Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit und kein konkretes System.

¹² Vgl. Aaron, Daniel; Meyers, Marisa: Cost of Exile. The Role of the Returning Exiles in Post-2003 Iraq, IMES Capstone Paper Series, 2014, S. 47 – 48.

¹³ Dodge, Toby: Iraqi Transitions. From Regime Change to State Collapse, in: Third World Quarterly 26 (4/5), 2005, S. 705 – 721, S. 719.

the Kurdish Democratic Party and the Patriotic Union of Kurdistan, Iraqi society was perceived as irrevocably divided along ethnic and religious lines. By using this understanding to create the Interim Iraqi Governing Council, by deploying a very rough and ready consociationalism, the CPA has encouraged a sectarian dynamic that may yet come to dominate Iraqi politics.«¹⁴

Das amerikanische Vorgehen bei der Gestaltung der Übergangsordnung im Irak prägte die daraus hervorgehenden irakischen politischen Strukturen. Insbesondere die Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit und die Zusammenarbeit mit den schiitischen Exilparteien erwiesen sich als folgenreich. Wie im vorangehenden Kapitel dieser Arbeit dargelegt, ist aber die (nicht zuletzt im Irak populäre) Deutung, wonach Konfessionalismus als Fremdkörper in der irakischen Gesellschaft von aussen implementiert worden sei, trotz dieses Einflusses wenig überzeugend. Genauso, wie die Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit nicht als zeitlose Konstante nahöstlicher Gesellschaften betrachtet werden kann, ist sie auch keine diesen Gesellschaften zuvor gänzlich unbekannte Innovation. Darüber hinaus spricht diese Deutung den irakischen Akteuren jegliche Handlungsfähigkeit ab und degradiert sie zu passiven Objekten amerikanischer Politik. Schliesslich verschliesst sie die Augen vor der Entwicklung, die die Konfessionalität in den Jahren nach 2003 im Irak durchlaufen hat.

Das alles heisst aber nicht, dass die Rolle, die der amerikanischen Übergangsverwaltung zuzurechnen ist, unterschlagen werden soll. Die durch die amerikanische Übergangsverwaltung in Zusammenarbeit mit den zurückkehrenden Exilparteien etablierte politische Ordnung bildete den Ausgangspunkt für die daran anschliessende irakische Diskussion über Konfessionalität. Mit der Rückkehr dieser Parteien und deren Einfluss auf die Neugestaltung des politischen Systems gewannen Akteure an Einfluss, welche sich positiv über ihre Konfession definierten. Zusammen mit der erstmaligen Einführung eines konfessionell orientierten Mehrheitskonzepts wird dadurch die Verbindung von Konfessionalität und politischer Legitimation deutlich. Die Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit wurde sowohl von der CPA wie auch später vom IGC als eine Selbstverständlichkeit angeführt, gar als Ideal, dem die neue Regierungsform gerecht werden sollte. So wurde wiederholt darauf hingewiesen, der zu bildende Übergangsrat sei »repräsentativ« oder die künftige Verfassung müsse »inklusiv« sein.¹⁵

Knappe eineinhalb Jahre waren nötig, um eine neue Regierung zu etablieren: Mitte Juli 2003 wurde der irakische Regierungsrat (IGC) eingesetzt. Nach einer kom-

14 Ebd., S. 719.

15 Vgl. The Coalition Provisional Authority: Law of Administration for the State of Iraq for the Transitional Period, 08.03.2004 zur Formierung des IGC und The White House: Fact Sheet: Democracy in Iraq, 2005, <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2005/12/20051212-1.html>, Stand: 22.06.2022.

plizierten Aushandlung der legitimen politischen Organe, auf die noch einzugehen sein wird, verabschiedete er am 8. März 2004 die Übergangsverfassung (Transitional Administrative Law, TAL). Ende Mai 2004 nahm die Übergangsregierung ihre Arbeit auf. Am 28. Juni 2004 übertrug die Coalition Provisional Authority (CPA) ihre durch die UN-Resolution 1483 etablierten Vollmachten an die irakische Übergangsregierung. Die irakische Souveränität galt damit als formal wiederhergestellt. Erste Parlamentswahlen wurden am 30. Januar 2005 durchgeführt, die in deren Folge ausgearbeitete irakische Verfassung fand im Referendum vom 15. Oktober 79 % Zustimmung. Diese Verfassung bildete die Grundlage für erneute Parlamentswahlen am 15. Dezember 2005.

Auch unter irakischer Ägide dominierte die Frage, wie das politische System neu zu organisieren sei, die öffentliche Diskussion während dieser Phase der Umgestaltung (neben der Besatzung und der Sicherheitslage). Sie wurde auch in der irakischen Tagespresse mit der Frage nach Konfessionalismus verknüpft. So schrieb die regierungsnahen Zeitung *as-Şabāḥ* bereits Ende 2003 gegen Konfessionalismus an: Konfessionelle Diskriminierungen, beispielsweise konfessionelle Unterdrückung, seien der »nationalen Natur« (*al-ṭabi'a al-waṭaniya*) des Staates entgegengesetzt.¹⁶ Explizit wird die Vergabe von Ämtern an einzelne konfessionelle Gruppen erwähnt, wobei dieses Vorgehen für den irakischen Staat seit seiner Schaffung typisch sei, aber den Konzepten Demokratie und Nation widersprechen würde. Der Artikel ist allerdings nicht entlang konfessioneller Fragen aufgebaut, sondern diskutiert die Notwendigkeit des Wandels in der irakischen Bevölkerung und im politischen System, um die »gegenwärtigen Probleme« überwinden und eine Demokratie errichten zu können. Neben der Notwendigkeit, konfessionelle Diskriminierung abzuschaffen oder zu verhindern, verlangt er auch Föderalismus und Dezentralisierung sowie als vierten Punkt die Einbindung des irakischen Staates in die internationale Gemeinschaft, insbesondere über die Konzentration auf Menschenrechte als Grundlage und zentralen Pfeiler des neuen Systems. Explizit erwähnt der Autor auch die Notwendigkeit, eine »Mehrheitsdiktatur« (*diktātūriya al-aglabīya*) zu verhindern, die den Zugang zur Macht monopolisieren oder gar eine Minderheit verfolgen würde.¹⁷

Bereits in diesen wenigen Punkten sind die wichtigsten Aspekte genannt, unter denen Konfessionalismus in den ersten Jahren nach 2003 verhandelt wurde. *Tā'iyya* war Dreh- und Angelpunkt der Diskussion über das neue politische System. Dabei scheinen insbesondere die schiitischen Parteien und die ihr nahestehende Presse

¹⁶ Vgl. 'Abd al-Ğabār. Muhammād: Lan tataǵaiyar awqā' al-'irāq qablu an iuǵaiyir al-'irāqiyūn mā bi'-anfasihim, 15.12.2003, in: *As-Şabāḥ*. Auffallend ist das Fehlen des Begriffs *tā'iyya* im Sinne von Konfessionalismus. Stattdessen wird *tā'i* adjektivisch verwendet, etwa in Verbindung mit »Diskriminierungen« (*al-imtiyāzāt al-tā'i*).

¹⁷ Ebd.

die Orientierung an Konfession kaum hinterfragt zu haben – die Rahmung der erlebten Unterdrückung als *Unterdrückung der Schia* war zu dominant, um nicht einen Machtanspruch der schiitischen Bevölkerungsmehrheit daraus abzuleiten.

3.2 Aus dem Exil in die Übergangsregierung

Die Neugestaltung des Iraks war weitgehend schiitisch geprägt, was Fanar Haddad mit dem Ausdruck »*Shia-centric State-Building*« beschrieben hat.¹⁸ Unter dem Aspekt der Konfessionalisierung betrachtet, lässt sich eine doppelte Ausrichtung an der Schia feststellen. Erstens war die Wahrnehmung der Schia als Bevölkerungsmehrheit, die durch das vorangehende Regime unterdrückt worden sei, bestimmd für die Orientierung des politischen Systems an konfessioneller Zugehörigkeit. Zweitens verstanden sich die Parteien, die nach dem Regimewechsel die politische Landschaft im Irak dominierten, explizit als schiitische Parteien.

3.2.1 Die Schia als Produkt ihrer Unterdrückung

Die irakische Exil-Opposition spielte für die amerikanische Planung des Regimewechsels im Irak eine bedeutende Rolle. Die Finanzierung von Oppositionsbewegungen war bereits im Iraqi Liberation Act von 1998 beschlossen worden. Es überrascht somit nicht, dass diese Opposition Einfluss hatte auf die US-amerikanische Wahrnehmung der Situation im Irak. Die nicht-kurdische Exil-Opposition zu Saddam Husseins Regime orientierte sich bereits ab den 1980er Jahren, insbesondere aber in den 90er Jahren an konfessioneller Zugehörigkeit. Fanar Haddad beschreibt, wie sich eine positiv konnotierte schiitische Identität herausbildete:

»The most significant effect of this was the shift away from an apologetic Shia identity that downplayed, or even diluted, Shia specificity in the hopes of placating detractors who argued that the Shia challenged the homogenizing nation-building efforts of the modern Iraqi state. Instead, in the 1990s, and particularly in diaspora circles, it became increasingly acceptable to speak in sect-specific terms, and a clearly and unambiguously differentiated Shia political identity was articulated.«¹⁹

Diese neue, positiv konnotierte Wahrnehmung von Schia spiegelte sich in einer Reihe von Publikationen und Reden von so prominenten schiitischen Persönlichkeiten wie Muḥammad Bāqir al-Ḥakīm, Muḥammad Baḥr al-‘Ulūm oder ‘Abd al-Maǵīd

¹⁸ Vgl. Haddad, Fanar: *Shia-centric State-Building and Sunni Rejection in Post-2003 Iraq*, 2016, http://carnegieendowment.org/files/CP261_Haddad_Shia_Final.pdf.

¹⁹ Ebd., S. 12.